

Fact Sheet Journalistenworkshop zur UN-Klimakonferenz in Durban

Positionen/Forderungen „Brot für die Welt“ und Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

Die 17. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember 2011 in Durban hat entscheidende Bedeutung für die Zukunft der internationalen Klimapolitik. Alle Staaten sind in der Verantwortung, sich auf die Eckpunkte und einen Zeitplan für die Erarbeitung einer verbindlichen und umfassenden Klimaarchitektur zu einigen.

Weitere Verzögerungen sind nicht länger hinnehmbar - anderenfalls wird der Klimawandel ungebremst fortschreiten. Die Erde ist dann auf dem Weg, sich um mehr als zwei Grad Celsius zu erwärmen, mit nicht absehbaren Folgen für die Umwelt und die Menschheit. Dies würde eine nachhaltige und armutsorientierte Entwicklung weltweit extrem gefährden, Entwicklungserfolge zunichte machen und Nahrung und Wasser weiter verknapfen. Es wäre ein potenziell nicht mehr beherrschbares Risiko für hunderte Millionen Menschen, die schutzlos in den Risikozonen der Erde leben.

Die Länder und Menschen Afrikas sind von den Folgen des Klimawandels bereits jetzt besonders stark betroffen. „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst fordern daher die Staaten auf, sich einem tragfähigen Kompromiss nicht länger zu verweigern. Beide Werke fordern von den Konferenzteilnehmern in Durban die Verabschiedung eines dreiteiligen Verhandlungspaketes, das in seinem Zusammenspiel einen Ausweg aus der Krise der internationalen Klimapolitik bietet:

1. Einigung auf eine zweite Periode des Kyoto-Protokolls. Beteiligung möglichst vieler Staaten auf Basis der jeweiligen verbindlichen Emissionsminderungsziele der Länder (Cancún-Beschlüsse). So bleiben die bewährten Verfahren der einheitlichen Messung, Überprüfung und Rechenschaftslegung über die Emissionsminderung gewahrt
2. Verabschiedung eines Arbeitsplanes, der alle noch offenen Cancún-Beschlüsse bis spätestens 2013 umsetzt. Konkret: Den Start des „Green Climate Fund“, die Sicherung einer verlässlichen Finanzierung bis 2020, eine einheitliche Überprüfung der Emissionsminderungsziele der einzelnen Staaten, die Erarbeitung von „Low Carbon Action Plans“ und nationalen Anpassungsplänen unter besonderer Berücksichtigung der schutzbedürftigsten und verwundbarsten Bevölkerungsgruppen. Massive internationale Unterstützung bei der Risikovorsorge, der Etablierung von Risikoversicherungen sowie der Bewältigung von klimabedingter Migration und unvermeidbaren Schäden
3. Verabschiedung eines Verhandlungsmandates für die Erarbeitung eines völkerrechtlich bindenden, fairen und ambitionierten Klimaabkommens unter Beteiligung aller Staaten bis 2015. Alle Staaten verpflichten sich, ihre Emissionsminderungsziele ebenso wie ihre Finanzierungszusagen darin festzuschreiben und nach einheitlichen Standards international überprüfen zu lassen. Jedem Land werden Emissionsrechte bis 2050 zugewiesen. Die Gesamtmenge der Emissionsrechte orientiert sich an der Begrenzung der Erwärmung auf maximal zwei Grad Celsius. Die nationalen Anteile berechnen sich nach der Bevölkerungszahl sowie den seit 1990 bereits verbrauchten Emissionsrechten

Eine Einigung auf ein solches Paket ist möglich und Deutschland kommt dabei eine Schlüsselrolle zu:

„Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst fordern daher von der Bundeskanzlerin, dem Bundesumweltminister sowie der Deutschen Delegation, dass sie sich als Vorreiter für das Gesamtpaket einsetzen.

Der Weg zum Ziel: Im Oktober erreicht Deutschland beim Herbstgipfel, dass die EU ein entsprechendes Verhandlungsmandat beschließt. Im November gewinnt Deutschland beim G20-Gipfel internationale Unterstützer auf allen Kontinenten. In Durban untermauert Deutschland glaubwürdig gegenüber den Ländern Afrikas sowie den anderen, besonders verwundbaren Entwicklungsländern, dass die Bundesrepublik einen fairen Beitrag leisten wird.